Deutscher Bundestag **Drucksache 19/8181**
19. Wahlperiode 07.03.2019

Fragen

für die Fragestunde der 85. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 13. März 2019

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	48, 49
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 63
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 68
Brandner, Stephan (AfD)	44
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	45, 46
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	39
Faber, Marcus, Dr. (FDP)	72
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	53, 54
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	37, 38
Herbst, Torsten (FDP)	10, 18
Hocker, Gero Clemens, Dr. (FDP)	28, 29
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	34, 52
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	47
Jung, Christian, Dr. (FDP)	7, 8
Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 74
Kassner, Kerstin (DIE LINKE.)	17
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 55
Kluckert, Daniela (FDP)	3, 4
Köhler, Lukas, Dr. (FDP)	23
Konrad, Carina (FDP)	11, 19
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 65
Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	24, 25
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 62
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2
Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67
Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	73
Kuhle, Konstantin (FDP)	69
Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	75
Luksic, Oliver (FDP)	22, 61
Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	59, 60
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57
Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	76, 77

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 66
Renner, Martina (DIE LINKE.)	43
Reuther, Bernd (FDP)	14, 15
Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 41
Skudelny, Judith (FDP)	21
Sommer, Helin Evrim (DIE LINKE.)	50, 51
Spaniel, Dirk, Dr. (AfD)	64
Strasser, Benjamin (FDP)	42
Theurer, Michael (FDP)	58
Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	70, 71
Zimmermann, Pia (DIE LINKE.)	78, 79

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur 4

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit 8

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ... 10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 11

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes 12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen 13

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat 14

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts 16

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ... 20

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz 22

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 23

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung 23

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft 24

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit 25

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

1. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern kann mithilfe der Förderrichtlinie „Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Deutschland“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur der Aufbau von Ladeinfrastruktur bezuschusst werden, die an solchen Stellflächen im öffentlichen Raum errichtet werden soll, die im Sinne einer Sondernutzung nach § 5 des Carsharinggesetzes (CsgG) oder entsprechenden Gesetzen der Länder ausschließlich Carsharingfahrzeugen zugeordnet sind, und auf welche andere (rechtliche, finanzielle oder sonstige) Weise fördert die Bundesregierung die Errichtung von Ladepunkten gezielt für Carsharingfahrzeuge?

2. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie verteilen sich die 5,2 Mrd. Euro, mit denen „die Bundesregierung seit 2009 die Elektromobilität und die alternativen Antriebstechniken gefördert und unterstützt“ hat (vgl. www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-des-bundesministers-fuer-verkehr-und-digitale-infrastruktur-andreas-scheuer--1552782) auf die einzelnen Förderinstrumente (bitte die Summe möglichst genau aufschlüsseln, z. B. nach bestimmten Förderprogrammen, Steuerermäßigungen, institutionellen Förderungen, Investitionen, Beschaffungen und anderen Instrumenten), und wie hoch würden die rechnerischen Energiesteuermehreinnahmen in Deutschland bei Anwendung des Steuersatzes für Benzin auch auf Dieselkraftstoff jährlich ausfallen (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 9 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/10909(neu))?

3. Abgeordnete **Daniela Kluckert** (FDP)

Was plant die Bundesregierung, um lenkerlose Elektrokleinstfahrzeuge wie e-Skateboards und Airwheels auf deutschen Straßen zu legalisieren?

4. Abgeordnete **Daniela Kluckert** (FDP)

Welche Regelungen sieht die Bundesregierung für neue Technologien im Bereich der Mikromobilität vor, die bislang weder von der geplanten Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung noch von der geplanten Ausnahmeregelung erfasst werden?

5. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Weshalb hält es die Bundesregierung trotz der geäußerten Sicherheitsbedenken in Bezug auf die Verkehrssicherheit (u. a. DER TAGESSPIEGEL vom 26. Februar 2019) für vertretbar, Elektrokleinstfahrzeuge (mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von weniger als 12 km/h) auf Gehwegen zuzulassen, und wie bewertet die Bundesregierung diesbezüglich die Aussage der Versicherungswirtschaft, die Höhe der zukünftigen Haftpflichtversicherungen für E-Kleinstfahrzeuge hänge maßgeblich vom Unfallrisiko ab, und dieses sei auf Gehwegen am höchsten (DER TAGESSPIEGEL vom 3. März 2019)?

6. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was sind die Gründe dafür, dass die Bundesregierung trotz lang andauernder Verhandlungen mit der DB Netz AG zur Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung III bis heute den Sanierungsstau/Erhaltungsrückstand im Schienennetz des Bundes nicht beziffern kann (siehe Bundestagsdrucksache 19/7970), und bis wann will die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag aussagekräftige und belastbare Unterlagen zuleiten, in denen der Erhaltungsrückstand im Bundesschienenwegenetz genau beziffert wird (die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft geht von einem Sanierungsstau/Erhaltungsrückstand im Schienennetz des Bundes – siehe Handelsblatt vom 4. März 2019 – von 57 Mrd. Euro aus)?

7. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)

Wie viele Brücken mussten nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2010 nach deren Sanierung beziehungsweise nach Fertigstellung der entsprechenden Planung zur Sanierung erneut umgebaut beziehungsweise erneut geplant werden, da eine nachträgliche Elektrifizierung einer Eisenbahntrasse durchgeführt wurde?

8. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)

Wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung in Bezug auf die Ablehnung einer Förderung für die Entwicklung von Tram-Train- beziehungsweise Cargo-Tram-Systemen (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 5 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/7617)?

9. Abgeordneter **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welches Nutzen-Kosten-Verhältnis erzielt nach Kenntnis der Bundesregierung die im November 2018 in den Vordringlichen Bedarf des Bedarfsplans Schiene hochgestufte Metropolenbahn München/Nürnberg–Regensburg–Furth i. W.–Prag bei gleichförmigem Ausbau sowohl auf deutscher als auch auf tschechischer Seite, und welches Nutzen-Kosten-Verhältnis erreicht ein Ausbau der Metropolenbahn ausschließlich auf deutscher Seite bis zur Landesgrenze?

10. Abgeordneter **Torsten Herbst** (FDP)

Wie viele Stellplätze für Lkw fehlen nach Auffassung der Bundesregierung entlang der Bundesautobahnen in Deutschland (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln), und hat die Bundesregierung, wie in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 138 auf Bundestagsdrucksache 19/5282 angekündigt, auf der Datenbasis der deutschlandweiten Zählung der abgestellten Lkw durch die Auftragsverwaltungen der Länder die bis 2030 zu erwartenden parkplatzsuchenden Lkw ermittelt?

11. Abgeordnete **Carina Konrad** (FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass einzelne Länder, wie beispielsweise Rheinland-Pfalz, das Sonn- und Feiertagsfahrverbot für LKW für Erntetransporte landwirtschaftlicher Güter gelockert haben, und ist hierzu bereits eine Regelung auf Bundesebene in Planung (www.topagrar.com/management-und-politik/news/wissing-erntetransporte-auch-an-sonn-und-feiertagen-erlaubt-9574427.html)?

12. Abgeordneter **Stefan Gelbhaar** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Ergebnisse erbrachte die Besprechung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) mit Herstellern von LKW-Abbiegeassistenzsystemen, das laut Informationen des BMVI in der 35. Sitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages am 22. Februar 2019 stattfand, und wie viele Abbiegeassistenzsysteme werden nach Schätzung der Bundesregierung in den kommenden Wochen mit dem Ziel, eine Allgemeine Betriebserlaubnis (ABE) zu erhalten, geprüft werden können?

13. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung ein Zusatzzeichen „Frauenparkplatz“ zum besonderen Schutz von Frauen einzuführen, um Kommunen zu ermöglichen, solche Parkplätze rechtssicher einrichten oder erhalten zu können, und wenn nein, warum nicht?

14. Abgeordneter
Bernd Reuther
(FDP)

Welche der 25 Maßnahmen, die auf dem Luftverkehrsgipfel vom 5. Oktober 2018 in Hamburg beschlossen wurden, wurden bereits umgesetzt, und wo sieht die Bundesregierung weiteren Handlungsbedarf?

15. Abgeordneter
Bernd Reuther
(FDP)

Geht die Bundesregierung von erneuten massiven Flugverspätungen im Sommer 2019 aus?

16. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Förderung für den geplanten Containerhafen in Bohmte mit staatlichen Mitteln auf Grundlage der „Richtlinie zur Förderung von Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs nichtbundeseigener Unternehmen“ an die Hafen-Wittlager-Land GmbH vor dem Hintergrund, dass die zu niedrigen Brückenhöhen am Mittellandkanal laut Verwaltungsgericht Osnabrück (Urteil vom 23. September 2014, AZ.: 1A9/14) keinen wirtschaftlichen Betrieb zulassen?

17. Abgeordnete
Kerstin Kassner
(DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Schleusen und Wasserstraßen für die Wassertourismusbranche und den Sportboot- und Freizeitverkehr in Deutschland nachhaltig zu sanieren und funktionsfähig zu erhalten und zukünftig längere Bau- und Sanierungsarbeiten, die den Sportboot- und Freizeitverkehr vor allem während der Hauptsaison erheblich einschränken, zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

18. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass auch reine Elektrofahrzeuge eine grüne Umweltplakette auf der Frontscheibe benötigen, um in kommunale Umweltzonen einfahren zu dürfen, und plant die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag eine Gesetzesinitiative vorzulegen, um diesen Umstand zu ändern?

19. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)

Welche berufliche Qualifikation wird bei der Besetzung der Stelle des Unterabteilungsleiters N I – „Naturschutz“ – im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit vorausgesetzt, und ist die Bundesregierung nicht der Meinung, dass ein erheblicher Interessenkonflikt bestünde, falls diese Stelle ein Funktionär eines Naturschutzverbandes besetzen würde, obgleich diese Tätigkeit Zuständigkeiten für die Bewilligung von Förderbescheiden an Naturschutzverbände beinhaltet?

20. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, warum es seit dem Jahr 2016 keine Importe von Forschungsreaktor-Brennelementen mit hochangereichertem Uran (HEU) mehr gab (vgl. Übersichten aktueller Transportgenehmigungen auf der Webseite des Bundesamts für kerntechnische Entsorgungssicherheit sowie Einfuhr- und Transportdaten von je einem derartigen Transport in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011, 2013, 2014 und 2016 auf Bundestagsdrucksache 19/5231), und liegt dem Bund für HEU-Forschungsreaktor-Brennelemente derzeit ein Antrag für den Transport auf Bundesgebiet vor (ggf. bitte Eingangsdatum angeben; vgl. Einfuhrgenehmigung vom 28. August 2018 auf o. g. Bundestagsdrucksache)?

21. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)

Welche Studien zu umfassenden ökobilanziellen Vergleichen von Verpackungen und Einkaufstaschen lagen der Bundesregierung vor dem Auftakt des Dialogs zur Vermeidung überflüssiger Verpackungen am 27. Februar 2019 vor?

22. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)

Wer ist alles an der Durchführung der nun angelaufenen deutschlandweiten Überprüfung der Messstationen zur Begutachtung der Luftreinhaltung beteiligt, und was genau wird dabei im Einzelnen überprüft (www.tagesschau.de/inland/schulze-messstationen-103.html)?

23. Abgeordneter
Dr. Lukas Köhler
(FDP)

Welche Auswirkungen wird die von der Bundesregierung unterstützte EU-Entscheidung haben, erst im Jahr 2023 über die Anrechenbarkeit synthetischer Kraftstoffe auf die CO_2-Flottengrenzwerte für neue PKW und leichte Nutzfahrzeuge verhandeln und ggf. entscheiden zu wollen, in der Erwartung der Bundesregierung auf die Bereitschaft von Unternehmen, in Forschung und Entwicklung synthetischer Kraftstoffe zu investieren (bitte mit Begründung)?

24. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)

Warum wird Deutschland sein Emissionsreduktionsziel für 2020, selbst bei vollständiger Umsetzung der bislang beschlossenen Maßnahmen, mit hoher Wahrscheinlichkeit verfehlen, und welche weiteren Kosten, neben den bereits beschlossenen Maßnahmen, wird das verursachen?

25. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)

Hatte die Bundesregierung Kenntnis davon, dass der WWF seit vielen Jahren paramilitärische Wildhüter unterstützt, die in Afrika und Asien Menschen, die der Wilderei verdächtigt wurden, gefoltert und manchmal auch ermordet haben, und wurde dieses Vorgehen mit deutschen Steuergeldern subventioniert (www.spiegel.de/wissenschaft/natur/wwf-landesbuero-in-deutschland-untersucht-schwere-vorwuerfe-a-1256418.html)?

26. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen ist nach Kenntnis der Bundesregierung Deutschland im Klimaschutz-Index von Germanwatch e. V., NewClimate Institute und Climate Action Network von Platz 5 in 2009 auf Platz 27 in 2019 gerutscht, und welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, damit Deutschland beim Klimaschutz zukünftig wieder besser abschneidet?

27. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über die jahreszeitlich immer frühzeitigere Rückkehr bzw. deren Abflug von Zugvögeln nach und von Deutschland vor, und wie hat sich diese Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt (bitte unter Angabe der Tage/Wochen des veränderten Flugverhaltens)?

28. Abgeordneter
Dr. Gero Clemens Hocker
(FDP)

Wie können Ministerentscheidungen zur Tötung von Wölfen wie die aktuelle Genehmigung zum Abschuss eines Wolfes im Landkreis Nienburg durch den niedersächsischen Umweltminister Olaf Lies nach Auffassung der Bundesregierung beschleunigt und gleichzeitig rechtssicher gestaltet werden (beispielsweise durch eine Änderung im Bundesnaturschutzgesetz), sodass keine verzögernden Verwaltungsgerichtsverfahren mehr notwendig sind, die die Rechtmäßigkeit von Abschüssen bestätigen (www.nwzonline.de/wirtschaft/weser-ems/oldenburg-verwaltungsgericht-oldenburg-lehnt-antrag-ab-keine-schonfrist-mehr-fuer-rodewalder-wolf_a_50,3,4088371565.html)?

29. Abgeordneter
Dr. Gero Clemens Hocker
(FDP)

Wird durch das von der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Svenja Schulze angekündigte Regelwerk zur Tötung von Wölfen gewährleistet, dass Wölfe bei Eintritt einheitlicher bundesweit gültiger Kriterien, zum Beispiel der Annäherung von Wölfen an Nutztierherden oder menschliche Siedlungen, unbürokratisch ohne Minister- oder Behördenentscheidungen getötet werden können (www.welt.de/politik/deutschland/article189694389/Bundesumweltministerin-Lex-Wolf-Schulze-will-Abschussregeln-fuer-Woelfe-definieren.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

30. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Haltung vertritt die Bundesregierung gegenüber den Schülerprotesten „Fridays for future – gemeinsam gegen die Klimakrise“?

31. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die globalen Schülerinnen- und Schülerstreiks für Klimaschutz am 15. März 2019 (https://fridaysforfuture.de/march15th/), und inwiefern wird die Bundesregierung die internationale Initiative für weltweiten Klimaschutz aktiv unterstützen und sich an diesem Tag öffentlich einsetzen?

32. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Durch welche konkreten Maßnahmen möchte die Bundesregierung zur Überwindung der wachsenden Wissenschaftsskepsis „Wissenschaftler bestärken, sich im öffentlichen Diskurs hörbar einzubringen“ (Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek in einer dpa-Meldung vom 5. März 2019), und inwiefern hält sie es für notwendig, darüber hinaus selbst aktiv gegen organisierte Desinformationskampagnen gegen wissenschaftliche Erkenntnisse vorzugehen?

33. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der aktuellen Einschätzung der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI), wonach die im Bundeshaushalt eingestellten finanziellen Mittel für Forschung und Entwicklung „massiv“ erhöht werden müssten, um das im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarte 3,5-Prozent-Ziel bis 2025 noch erreichen zu können (www.e-fi.de/fileadmin/Gutachten_2019/EFI_Gutachten_2019.pdf)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

34. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Seit wann genau (Datum) ist der Bundesregierung bzw. „Engagement Global/Servicestelle Kommune in der Einen Welt“ bekannt, dass über das Projekt „Straße für alle – Partizipative Planung einer Stadtstraße in Lwiw (Ukraine)“ die Umgestaltung der Stepan-Bandera-Straße gefördert wird bzw. werden sollte (Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 63, Plenarprotokoll 19/82, S. 9620), und inwieweit hat die Bundesregierung

nach Bekanntwerden dieser Information darauf hingewirkt, dass eine andere Straße ausgewählt wird (bitte begründen)?

35. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie positioniert sich die Bundesregierung zur Nominierung von David Malpass als Weltbankpräsidentschaftskandidat, und inwiefern plant die Bundesregierung, vor dem Hintergrund des Beschlusses des Aufsichtsrats vom 9. Januar 2019, „sicherzustellen, dass die neue Leitung der Bank fachlich qualifiziert ist und sich zur multilateralen Kooperation und zu den Zielen der Bank bekennt“ (Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 10, Plenarprotokoll 19/73), ein klares Bekenntnis von David Malpass zum Pariser Klimaabkommen und dem ab diesem Jahr geplanten Ausstieg der Weltbank aus der Finanzierung fossiler Energieprojekte – beides Ziele der Bank – (www.worldbank.org/en/news/press-release/2018/12/03/multilateral-development-banks-mdbs-announced-a-joint-framework-for-aligning-their-activities-with-the-goals-of-the-paris-agreement), zur Bedingung für ihre Zustimmung zu seiner Wahl zu machen?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

36. Abgeordnete **Dr. Kirsten Kappert-Gonther** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Mit welcher Position wird die Bundesregierung in das Treffen der Spitzenvertreterinnen und -vertreter des Bundes, der Länder und Kommunen am 13. März 2019 zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten gehen?

37. Abgeordneter **Dr. André Hahn** (DIE LINKE.)

Hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk nach Kenntnis der Bundesregierung Übertragungsrechte für die 2. European Games, die vom 21. Juni bis 30. Juni 2019 in Minsk stattfinden, erworben, und wenn nein, warum nicht?

38. Abgeordneter **Dr. André Hahn** (DIE LINKE.)

In welchem Umfang sind nach Kenntnis der Bundesregierung Sportberichte/Übertragungen von den 2. European Games im öffentlich-rechtlichen Rundfunk geplant (bitte differenziert darstellen nach Fernsehen und Hörfunk sowie dem Anteil der barrierefreien Sendungen), und inwieweit hält die Bundesregierung den geplanten Umfang auch mit Blick auf andere Sportberichterstattungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk für angemessen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

39. Abgeordneter **Fabio De Masi** (DIE LINKE.)

Hält die Bundesregierung es für sinnvoll und berufsethisch tragbar, dass die Vizepräsidentin und Exekutivdirektorin Wertpapieraufsicht der dem Bundesministerium der Finanzen unterstellten Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Elisabeth Roegele, laut Medienberichten, in ihrer früheren Position als Chefjuristin der DekaBank auf Steuergutschriften in Millionenhöhe aus Cum-Ex-Geschäften bestand (https://app.handelsblatt.com/finanzen/banken/cum-ex-steuerskandal-bafin-vizepraesidentin-verteidigte-in-ihrem-frueheren-job-umstrittene-aktiendeals/24049784.html?ticket=ST-1807647-Eo4F31zz4HZ02mJdW6hu-ap2)?

40. Abgeordnete **Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung – wie Frankreichs Kabinett am 7. März 2019 (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/diginomics/digitalsteuer-in-frankreich-trifft-rund-30-konzerne-16071381.html) – eine deutsche Digitalsteuer auf nationale Umsätze für internationale IT-Unternehmen wie Google, Apple usw. beschließen, nachdem der Bundesminister der Finanzen Olaf Scholz einer entsprechenden – einstimmig zu beschließenden – EU-einheitlichen Steuer bereits widersprach zugunsten einer von ihm bloß erhofften Steuer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erst bis Sommer 2020 (vgl. dazu HB und FAZ je 6. März 2019), oder wird die Bundesregierung entsprechend dem Vorschlag der Bertelsmann-Stiftung den anteiligen nationalen Gewinn solcher Konzerne an deren zu definierenden nationalen Betriebsstätten zusätzlich zu besteuern beschließen (vgl. www.handelsblatt.com/unternehmen/

it-medien/sxsw-2019/amazon-google-facebook-digital-branche-kritisiert-frankreichs-alleingang-bei-der-digitalsteuer/24066826.html)?

41. Abgeordneter **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchen konkreten Vorschlägen wird die Bundesregierung die Vorstöße Belgiens und der Niederlande für eine EU-weite Besteuerung des Luftverkehrs auf EU-Ebene unterstützen (vgl. www.spiegel.de/reise/aktuell/klima-bundesumwelt ministerin-offen-fuer-eu-weite-steuer-auf-flugreisen-a-1256306.html), und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Subvention des Flugverkehrs bei Kerosin und Umsatzsteuer auf nationaler Ebene zu beenden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

42. Abgeordneter **Benjamin Strasser** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Einsatz von Tasern als ergänzendes Einsatzmittel bei der Bundespolizei und beim Zoll, und plant sie, die Nutzung durch die Schaffung entsprechender Rechtsgrundlagen zu ermöglichen?

43. Abgeordnete **Martina Renner** (DIE LINKE.)

Welche Schritte (Informationsaustausch, Abfrage bei Flugunternehmen, Auswertung der grenzpolizeilichen Kontrollen usw.) haben deutsche Polizeien und/oder Sicherheitsbehörden des Bundes anlässlich der Ermittlungen im Nachgang des Anschlages auf dem Berliner Breitscheidplatz unternommen, um den Hinweisen auf Reisen des mutmaßlichen Unterstützers des Attentäters Bilel B. A. nach Frankreich, insbesondere nahezu zeitgleich zum dort verübten Terroranschlag nach Nizza im Juli 2016, nachzugehen?

44. Abgeordneter **Stephan Brandner** (AfD)

Ist der Bundesregierung das Phänomen sogenannter „Winterflüchtlinge“, die insbesondere aus den Balkanstaaten in den Wintermonaten nach Deutschland, vor allem nach Köln (Quelle: www.express.de/koeln/2700--winter-fluechtlinge--vom-balkan--urlauber--ansturm-auf-die-notunterkuenfte-koelns-31948146), kommen und nur die Wintermonate

in Deutschland verbringen, kein Asyl beantragen und im Frühjahr wieder abreisen, bekannt, und welche Maßnahmen trifft die Bundesregierung, um gegen dieses Phänomen vorzugehen?

45. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Wie viele Asylsuchende aus der Türkei sind nach Kenntnis der Bundesregierung in 2019 laut der ab Januar 2017 zur Verfügung stehenden auf Personendaten basierenden Asylgesuch-Statistik in Deutschland neu registriert worden, und wie hoch war die bereinigte Schutzquote in Bezug auf Asylsuchende aus der Türkei in diesen Monaten (bitte entsprechend der Monate Januar und Februar in absoluten und relativen Zahlen angeben; vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 16, Plenarprotokoll 19/16)?

46. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

In welchen Regionen werden Ermittler des Bundeskriminalamts (BKA) auf dem Territorium Syriens eingesetzt (www.zdf.de/politik/berlin-direkt/berlin-direkt-clip-2-282.html) (bitte entsprechend der Ortschaft/Region die Anzahl der BKA-Beamten einschließlich des Aufgabenbereichs und seit wann auflisten), und auf welcher Rechtsgrundlage (verfassungsrechtlichen und/oder völkerrechtlichen) sind die BKA-Beamten in Syrien tätig?

47. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Bei welchen der laut Angaben des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat für die Einstufung als sichere Herkunftsstaaten in Betracht kommenden neun Herkunftsländer (vgl. dpa vom 6. März 2019) lag die Quote der Anerkennung in den letzten drei Jahren unter 5 Prozent, wenn statt der unbereinigten die bereinigte Schutzquote (Anerkennung eines Schutzstatus ohne Berücksichtigung rein formeller Entscheidungen) zugrunde gelegt wird (bitte auflisten), und wie viele Schutzstatus in Bezug auf diese Länder wurden in den letzten drei Jahren durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bzw. durch Gerichte erteilt (bitte differenzieren und nach Ländern auflisten)?

48. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Auf Grundlage welcher Erkenntnisse hat die Bundesregierung vor, die Kampfhandlungen eines vermeintlichen Dschihadisten für eine Terrormiliz nachzuweisen, wenn ein vermeintlicher, im Ausland kämpfender, volljähriger deutscher Dschihadist mit doppelter Staatsangehörigkeit nach dem neuen Gesetzesvorhaben (www.zdf.de/nachrichten/heute/is-kaempfer-muessen-pass-unter-bestimmten-bedingungen-abgeben-100.html) ausgebürgert werden soll, aber nicht vor einem (deutschen) Gericht dafür verurteilt wird, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die Person nicht staatenlos wird, wenn ein anderer Staat eine ähnliche Regelung hat, bei der ein vermeintlicher kämpfender Dschihadist automatisch ausgebürgert wird?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

49. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Inwiefern setzt sich das Auswärtige Amt für die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen zwischen der türkischen Regierung und der Arbeiterpartei Kurdistans (kurdisch Partiya Karkerên Kurdistanê; PKK) ein, auch im Hinblick darauf, dass „Geschehnisse und krisenhafte Entwicklungen in der Türkei stets unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheitslage in der Bundesrepublik haben“ (Broschüre „Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)“ vom Bundesamt für Verfassungsschutz, S. 26)?

50. Abgeordnete
Helin Evrim Sommer
(DIE LINKE.)

Wie viele Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit sind aktuell in der Türkei aus mutmaßlich politischen Gründen bzw. unrechtmäßig inhaftiert, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den jüngsten Drohungen der türkischen Regierung, deutsche Urlauberinnen und Urlauber, gegen die der türkische Geheimdienst belastendes Material gesammelt habe, bei ihrer Einreise in die Türkei verhaften zu wollen (www.swr3.de/aktuell/nachrichten/Koennen-wir-bald-keinen-Urlaub-mehr-in-der-Tuerkei-machen/-/id=47428/did=5027438/1i35guf/index.html, abgerufen am 6. März 2019)?

51. Abgeordnete
Helin Evrim Sommer
(DIE LINKE.)

Wie ist der aktuelle Stand bei den bilateralen Regierungskonsultationen zwischen Deutschland und Namibia im Hinblick auf den künftigen Umgang mit der historischen Verantwortung Deutschlands für den Völkermord an den Herero und Nama 1904 bis 1908, und was unternimmt die Bundesregierung, um die Nachkommen der von dem Völkermord direkt betroffenen indigenen Bevölkerungsgruppen einzubeziehen, damit zum Beispiel die Restitution von geraubten Kulturgütern nicht zusätzliche innergesellschaftliche Auseinandersetzungen in Namibia provoziert, wie dies kürzlich bei zwei Objekten aus dem Bestand des baden-württembergischen Linden-Museums festzustellen war (www.spiegel.de/politik/ausland/namibia-geraubte-kolonialgueter-sollen-zurueck gegeben-werden-a-1255050.html, abgerufen am 6. März 2019)?

52. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Was hält die Bundesregierung konkret davon ab, den in Venezuela aktiven Strukturen der Vereinten Nationen die für humanitäre Hilfe versprochenen 5 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen (Plenarprotokoll 19/82, S. 9577), und welche konkreten Anfragen der Bundesregierung an die Regierung Venezuelas, humanitäre Hilfe zu leisten, wurden von dieser seit Anfang 2018 abgelehnt (bitte Datum von Anfrage und Ablehnung sowie Begründung angeben)?

53. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Erklärung des UN-Sonderberichterstatters zu den negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen, Idriss Jazairy, der davor gewarnt hat, dass die Wirtschaftssanktionen der USA gegen Venezuela die Wirtschaftskrise in dem südamerikanischen Land verschlimmern und die Wirtschaftssanktionen der USA gegen Venezuela dafür eingesetzt werden, einen Regierungswechsel in einem souveränen Staat herbeizuführen („Venezuela sanctions harm human rights of innocent people, UN expert warns“, ohchr.org, 31. Januar 2019, www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24131&LangID=E), und in welcher Form hat die Bundesregierung diese Gefahr gegenüber der Regierung der USA problematisiert?

54. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Erfüllen nach Ansicht der Bundesregierung die von den USA unter anderem mit Militärflugzeugen an die kolumbianische Grenze zu Venezuela gebrachten Hilfsgüter, die am 23. Februar 2019 gegen den Willen der Regierung Venezuelas ins Land gebracht werden sollten, die Kriterien humanitärer Hilfe (bitte begründen), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Aufforderung zahlreicher Hilfsorganisationen, die humanitäre Hilfe in Venezuela nicht politisch zu instrumentalisieren (www.epo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=15178:venezuela-humanitaere-hilfe-darf-nicht-missbraucht-werden&calid=29&Itemid=71; www.aktion-deutschland-hilft.de/de/hilfseinsaetze/nothilfe-venezuela/humanitaere-hilfe-darf-nicht-instrumentalisiert-werden/; www.domradio.de/themen/weltkirche/2019-02-24/malteser-zu-venezuela-hilfe-nicht-politisch-instrumentalisieren; https://venezuelablog.org/70-venezuelan-international-organizations-aid-must-follow-humanitarian-principles-technical-expertise/)?

55. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit welcher Begründung hat die Bundesregierung die Frist des 28. Februar 2019 verstreichen lassen (www.misereor.de/presse/pressemeldungen-misereor/bundesregierung-verweigert-kommentierung-von-un-abkommen-zu-wirtschaft-und-menschenrechten/), bis zu der sie den ersten Entwurf für ein verbindliches UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten hätte schriftlich kommentieren und sich dazu positionieren können, und wie gedenkt sie, in Zukunft den multilateralen Prozess auf UN-Ebene zur Durchsetzung der Menschenrechte in globalen Wertschöpfungsketten zu fördern?

56. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern ist die Bundesregierung der Ansicht, dass die von dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić und dem kosovarischen Präsidenten Hashim Thaçi vertretende Idee eines Gebietsaustauschs zwischen Serbien und Kosovo nach ethnischen Kriterien nicht nur gegen europäische Werte verstoßen würde, sondern auch den laut Presseberichten völkisch denkenden Nationalisten Auftrieb geben und zu einer gefährlichen Eskalationsspirale in der Region führen könnte (www.fr.de/politik/grenzwertige-debatte-kosovo-11781055.html)?

57. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung Hinweise darauf, dass die Minderheit der Hindus und Sikhs in Afghanistan von einer gewaltsamen Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure bedroht sind, und in welcher Weise sind diese Minderheiten nach Kenntnis der Bundesregierung von gezielten Maßnahmen betroffen, welche ihre freie Religionsausübung beeinträchtigen?

58. Abgeordneter
Michael Theurer
(FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Realisierungschance, grenzüberschreitend Vignetten und Plaketten anzuerkennen sowie die Abrechnung der Krankenkassen grenzüberschreitend zu erleichtern, und ist dafür eine gesonderte Genehmigung der Bundesregierung erforderlich (Hintergrund Berichterstattung in der BNN vom 4. März 2019, in der eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Stadt Karlsruhe und der Stadt Straßburg unter Verweis auf den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration – ugs. Vertrag von Aachen – diskutiert wurde)?

59. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)

In welcher Form hat die Bundesregierung infolge der Rüge Frankreichs durch die Menschenrechtskommissarin des Europarates wegen der gegen die „Gelbwesten“ angewandten Gewalt sowie geplanter Eingriffe in das Versammlungsrecht und der Festnahmen von Personen, die sich keines Vergehens schuldig gemacht haben, versucht, auf die französische Regierung mit dem Ziel, sie zur Umsetzung der ausgesprochenen Empfehlungen zu drängen, einzuwirken, und plant die Bundesregierung ein Verbot des Einsatzes von Hartgummigeschossen, wie es der Europarat von Frankreich gefordert hat, in Deutschland gesetzlich zu verankern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

60. Abgeordnete **Zaklin Nastic** (DIE LINKE.)

Was haben Nachforschungen der Bundesregierung in Reaktion auf das jüngst veröffentlichte Rechercheergebnis des Rechercheprojekts „German Arms“ unter Beteiligung der „Deutschen Welle“, dem Magazin „Stern“ und „Report München“ ergeben (www.dw.com/de/beweise-f%C3%BCr-deutsche-waffen-im-jemen/a-47681315), dass Produkte deutscher Rüstungsunternehmen im Jemen-Krieg eine weit größere Rolle spielen als bislang bekannt, darunter auch in Deutschland gebaute Kriegsschiffe und mit deutschen Bauteilen versehene Kampfflugzeuge, die zur Blockade des Jemens und damit zur Verschlimmerung der humanitären Katastrophe eingesetzt werden könnten, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung daraus für ihre Rüstungsexportpolitik ziehen?

61. Abgeordneter **Oliver Luksic** (FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung den im Februar dieses Jahres an sie übersandten offenen Brief von 30 saarländischen Bürgermeistern, drei Landräten, dem Direktor des Regionalverbands Saarbrücken sowie dem Saarländischen Städte- und Gemeindetag bezüglich einer ungleichen Behandlung des Saarlandes bei den von der Bundesregierung in der Kohlekommission geplanten Hilfeleistungen, insbesondere im Hinblick auf die im Saarland durch den Bergbau aufgetretenen Umwelt- und Naturschutzschäden (www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/kommunen_schreiben_kohlebrief100.html)?

62. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie Thomas Bareiß mit seiner Äußerung auf dem jüngsten Energierat in Brüssel (https://video.consilium.europa.eu/en/webcast/f0143b3c-dd9e-459e-a99b-6aa54ac3d547 Statement ab 1:00:38), dass Deutschland für das Jahr 2050 keine 100 Prozent sondern nur eine 80-Prozent-Versorgung mit erneuerbaren Energien anstrebt, die Auffassung der Bundesregierung vertreten, und wenn ja, mit welchen

Energieträgern sollen im Jahr 2050 unter Wahrung der Klimaziele die verbleibenden 20 Prozent bereitgestellt werden?

63. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Kritik vonseiten Irlands, Österreichs, Litauens und Luxemburgs während des EU-Energieministerrates am 4. März 2019, dass im Entwurf der EU-Kommission für eine Klimalangfriststrategie kein Szenario zum Erreichen von 100 Prozent erneuerbaren Energien bis 2050 modelliert wurde (www.euractiv.com/section/climate-strategy-2050/news/five-eu-countries-call-for-100-renewable-energy-by-2050/), und erachtet die Bundesregierung ein Szenario von 100 Prozent erneuerbaren Energien bis 2050 in Europa als denkbar und erstrebenswert?

64. Abgeordneter
Dr. Dirk Spaniel
(AfD)

Wie viel Prozent der Grundlast können gemäß dem Ziel des Energiekonzeptes der Bundesregierung, dass der Bruttostromverbrauch in Deutschland bei mindestens 80 Prozent liegen solle, durch die erneuerbaren Energien durchschnittlich bereitgestellt werden?

65. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung, dass sie hinsichtlich der massenspektrometrischen Analysemöglichkeiten hochangereicherten Urans (HEU) keine Kenntnis darüber hat, „inwieweit und mit welcher Genauigkeit – und somit welchem Konfidenzniveau – hiermit Rückschlüsse auf das Alter und die Herkunft von Uranproben geführt werden können“ (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 71, Plenarprotokoll 19/76), und welche Kenntnisse hat sie über die von Russland an die Zwischen- und/oder Endkunden zur Verfügung gestellte Dokumentation des russischen HEUs, das für HEU-Brennelemente für deutsche Forschungsreaktoren eingesetzt wird (ggf. bitte konkrete detaillierte Darlegung; vgl. beispielsweise Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 4, Plenarprotokoll 19/16, Anlage 2)?

66. Abgeordnete **Filiz Polat** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zum Stand der Abbau-Regularien beim Tiefseebergbau (Draft Regulations on Exploitation of Mineral Resources in The Area), und in welcher Form setzt sie sich hier für die Implementierung spezifischer Umweltstandards und im speziellen für Bewertungskriterien der Umweltverträglichkeitsprüfung einschließlich der Festlegung von Grenzwerten ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

67. Abgeordneter **Christian Kühn (Tübingen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann legt die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung der Betriebskostenverordnung vor, um die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Mieterinnen und Mieter abzuschaffen (www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/grundsteuer-spd-will-umlage-auf-mieten-verbieten-a-1256262.html)?

68. Abgeordnete **Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung insgesamt die Ankündigung von der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Dr. Katarina Barley, dass künftig stets Verkäufer statt Käufer die Kosten eines zum Immobilienerwerb beauftragten Maklers zahlen sollen (www.stern.de/news/wer-bestellt--bezahlt---barley-will-immobilienverkaeufer-fuer-makler-zahlen-lassen-8595912.html), und falls nicht, warum sollte dies – nach Auffassung der gesamten Bundesregierung – nicht genau so geregelt werden, zumal dies bezüglich Maklern bei Wohnungsmietverträgen schon so geschehen ist?

69. Abgeordneter **Konstantin Kuhle** (FDP)

Welche Alternativen zum Einsatz von sogenannten Uploadfiltern bestehen nach Auffassung der Bundesregierung seitens der von Artikel 2 Absatz 5 Satz 1 des Trilog-Ergebnisses des Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council on Copyright in the Digital Single Market, (Ratsdok. 6637/19, fortan Richtlinie genannt) erfassten Plattformen, um dem Erfordernis des Artikels 14 Absatz 4b der Richtlinie gerecht zu werden (vgl. Aussage von Josephine Steffen, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, in der Bundespressekonferenz am

22. Februar 2019, wonach Uploadfilter „eine Möglichkeit“ seien, dies technisch umzusetzen, abrufbar unter https://youtu.be/xSW28i5v0wg?t=454 ab Minute 7:34, letzter Abruf 28. Februar 2018)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

70. Abgeordnete **Sabine Zimmermann (Zwickau)** (DIE LINKE.)

Wie viele der im Bundeshaushalt für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit vorgesehenen Mittel wurden in den Jahren 2016, 2017 und 2018 nicht ausgegeben (bitte unterscheiden nach Leistungen zur Eingliederung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und den Bundesprogrammen sowie in absoluten Zahlen und prozentualem Anteil an den veranschlagten Mitteln)?

71. Abgeordnete **Sabine Zimmermann (Zwickau)** (DIE LINKE.)

Wie viele der im Bundeshaushalt für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit vorgesehenen Mittel wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2018 je Bundesland nicht ausgegeben (in prozentualem Anteil an den veranschlagten Mitteln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

72. Abgeordneter **Dr. Marcus Faber** (FDP)

Welche militärischen und sicherheitspolitischen Entscheidungsgrundlagen für eine bestmögliche Einsatzbereitschaft der Bundeswehr liegen den unterschiedlichen Angaben seitens der Bundesregierung, namentlich Bundesministerin der Verteidigung Ursula von der Leyen mit 1,5 Prozent und dem Bundesminister der Finanzen Olaf Scholz mit 1,23 Prozent des Bruttoinlandprodukts (www.spiegel.de/politik/deutschland/verteidigungshaushalt-von-der-leyen-droht-schwere-niederlage-a-1255640.html) zugrunde, da laut Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD eine „moderne Ausstattung bei der Bundeswehr durch einen höheren Verteidigungsetat“ (Koalitionsvertrag S. 17) und eine „bestmögliche Ausrüstung“

(Koalitionsvertrag S. 156) gewährleistet werden soll, die meines Erachtens nur durch notwendige Investitionen eine uneingeschränkte Aufgabenerfüllung und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr gewährleistet werden kann, da etwaige Kürzungen zwangsläufig bei Investitionen anzusetzen wären, und inwiefern berücksichtigen diese unterschiedlichen Angaben künftige Aufwüchse innerhalb der Kapitel des Einzelplans 14, um eine nachhaltige Verteidigungsplanung für die Bundeswehr zu gewährleisten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

73. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Generaldirektors der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), Graziano da Silva, wonach die sogenannte „Grüne Revolution“ im Kampf gegen den Hunger gescheitert ist (vgl. www.fao.org/news/story/en/item/1179101/icode/), und inwieweit unterstützt die Bundesregierung die FAO-Initiative „Scaling Up agroecology“ auf nationaler Ebene aber etwa auch im Hinblick auf die Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union?

74. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Stand des EU-Zulassungsverfahrens von Cannabidiol (CBD) bzw. CBD-haltigen Extrakten als sogenanntes „Novel Food“ (neuartiges Lebensmittel; vgl. http://ec.europa.eu/food/safety/novel_food/catalogue/search/public/index.cfm)?

75. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Report der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), wonach das Artensterben die weltweite Lebensmittelproduktion bedroht, und welche Maßnahmen für den Erhalt der Artenvielfalt wird die Bundesregierung ergreifen, um den Entwicklungen entgegenzuwirken?

76. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Personen und Verbände (bitte mit Namen angeben) waren bei dem Gespräch mit dem Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hermann Onko Aeikens am 30. Januar 2019 über die Mitteilung der Bundesregierung an die Europäische Kommission vom 31. Januar 2019 anwesend, und über genau welchen Vorschlag der Bundesregierung (bitte im Wortlaut) zur Mitteilung an die EU-Kommission wurden die anwesenden Personen und Verbände informiert?

77. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Aufgrund welcher Anregungen wurden die Vorschläge der Bundesregierung angepasst oder ergänzt, und wie wurden im Gespräch insbesondere die Möglichkeiten zur Reduktion der Düngung in den roten Gebieten und deren Erfolgsaussichten bezüglich einer Anerkennung durch die EU-Kommission diskutiert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

78. Abgeordnete **Pia Zimmermann** (DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die steigenden Eigenanteile der Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen zu begrenzen und die Pflegeversicherung zu einer „echten Teilkaskoversicherung“ (vgl. www.pro-pflegereform.de/fileadmin/default/Pressemeldungen/2017_05_22_Pro-Pflegereform_Rothgang_stellt_Gutachten_vor.pdf) umzugestalten?

79. Abgeordnete **Pia Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie verhält sich die Bundesregierung zu wiederholt vorgebrachten Forderungen, die steigenden Kosten der Pflegeversicherung durch Steuerzuschüsse auszugleichen (vgl. https://de.reuters.com/article/deutschland-pflege-rente-idDEKCN1MJ0XV)?



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333